

Ressort: Finanzen

Bundesregierung lehnt Provisionsverbot für Finanzprodukte ab

Berlin, 02.03.2017, 17:44 Uhr

GDN - Die Bundesregierung lehnt ein Provisionsverbot für Finanzprodukte ab. Das berichtet das "Handelsblatt" unter Berufung auf eine Antwort des Bundesfinanzministeriums (BMF) auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen.

Großbritannien und die Niederlande haben Anlageberatern die Annahme von Provisionen aus dem Vertrieb von Finanzprodukten untersagt. Erste Erfahrungen stimmen die Regierung demnach aber bedenklich: Es bestünden Angebotslücken, weil sich Anbieter auf wohlhabende oder einkommensstarke Kunden konzentrierten und weil viele Kunden die hohen Honorare nicht bezahlen könnten oder wollten, zitiert die Bundesregierung in der Antwort einen Bericht der britischen Finanzaufsichtsbehörde. Daher wolle man in Deutschland am Nebeneinander von provisionsfreier und provisionsgestützter Anlageberatung festhalten. Dadurch seien sowohl der Zugang zum Kapitalmarkt für alle Anleger als auch die Wirtschaftlichkeit der Beratungsdienstleistung in der Breite weiterhin gewährleistet. Grüne und Verbraucherschützer bemängeln, dass die Kosten der Beratung durch Banken für die Kunden nicht transparent sind. Provisionen würden falsche Anreize bei der Beratung setzen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86068/bundesregierung-lehnt-provisionsverbot-fuer-finanzprodukte-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619